

# Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für 1000 Exemplare 2.50 M., auswärts 3.00 M., Familienanzeigen 0.35 M., Geschäfts- und Anzeigen-Verkaufsstellen 0.30 M., in vorerwähnten Verlagen bis zum 20. April 1921, danach bis zum 1. Mai 1921 bis zum 1. Juni 1921 11 Uhr 11 Tag vorher, in der Haupt-Expedition Fürststraße 46 sowie in sämtlichen Anzeigenstellen abzugeben.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 3852

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 46, durch die Zweigstelle Marktstraße 25, bei Junge, die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 7 und durch alle Ausdräger zu beziehen. Wochenpreis 1.30 M., monatlich 3.10 M., vierteljährlich 11.30 M., (einschließlich Post- und Porto), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.30 M., (ohne Postzuschlag), halbjährlich 26.30 M., durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.30 M., halbjährlich 36.30 M., durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.30 M.

## Sozialdemokratie gegen Sondergerichte.

### Der sozialdemokratische Antrag gegen die Sondergerichte.

Am Regierungs- und Heineze.

Präsident Loh, eröffnete die Sitzung.

Die Interpellation Arnkandt (Deutschn.) über die auswärtige Lage wird in der nächsten Woche beantwortet werden. Auf der Tagesordnung stehen dann Berichte des Geschäftsordnungs-Ausschusses über Anträge zur Strafverfolgung von Abgeordneten. Der Ausschuss beantragt die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Reich (Komm.) wegen verleumdender Beleidigung nicht zu erteilen, den Strafverfolgungen wegen Unterschlagung, Diebstahls und Urkundenfälschung aber zuzustimmen. Die Angelegenheit wird nach kurzer Erörterung, an der sich die Abgeordneten Geuer (Komm.), Schmidt-Sachsen (Soz.), Wittmann (U. S.), Rodou (Dem.) beteiligen, an den Ausschuss zurückverwiesen.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Heim (Barn. Volksp.), Simon-Schwaben (Komm.), Thomas (Komm.), Dr. Moldenhauer (Deutsche Volksp.) und Dr. Deermann (Barn. Volksp.) wegen Beleidigung wird nicht erteilt.

Die Beratung des schleunigen Antrages der Unabhängigen auf Aufhebung der Sondergerichte wird fortgesetzt.

Nach dem Antrage Müller-Franken (Soz.) sollen die Sondergerichte auf die Bezirke beschränkt werden, in denen der Ausnahmezustand verhängt war. Jugendliche Personen sollen nur vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden, ebenso die leichteren Fälle. Die Anklageschrift soll den Angeklagten rechtzeitig übermittelt, Beweisaufnahme nach der Strafprozessordnung vollzogen werden.

Abg. Warmuth (Deutschn.): In Giesleben wurden fast sämtliche Kaufhäuser geplündert, in Ransfeld über 100 Gebäude zerstört, 30 Werke stillgelegt.

Über 20 000 Arbeiter erwerbslos gemacht. Der Verlust der Lohnwerke beträgt über 100 Millionen. Der Terror hat vor allem auch die Landwirtschaft betroffen. Ein solches organisiertes Verbrechen kann nur durch Ausnahmemaßnahmen ausgerottet werden.

Abg. Fischer (Soz.):

Dem unabhängigen Antrage stimmen wir zu, mit Ausnahme der Sondergerichte der Provinz Sachsen. Dort glauben wir, nicht die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß nicht die bezüglichen Mostauer Agenten den Zustand aus neue führen. Die „Nacht-Jahne“ hat ja ausdrücklich angegeben, daß die Mostauer Zentrale die revolutionäre Linie festhalte und die Verschärfung der Kampfberedung anordne. Die kommunistische Partei hat ihre Festlegung auf diesen Standpunkt reichlich bewiesen. In der Mitteldeutschland verübten Verbrechen waren keine Zeichen des von Herrn Rosenfeld berühmten revolutionären Geistes der Arbeitererschaft. Herr Rosenfeld hat es sich mit der Frage der Verantwortung zu leicht gemacht.

Der Ruf der Arbeitererschaft

ist durch das verbrecherische Lumpengefindel geschändet worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Obwohl manche Ueberreizung in den Zeitungen gehandelt hat, und obwohl von Abbläuerungen der Bürger keine Rede sein kann, handelt es sich doch nicht nur um Eigenmächtigkeiten der kapitalistischen Presse, (Zuruf bei den Komm.) Auch der sozialdemokratischen! Dieser Einwurf liegt ja in der Richtung ihrer (zu den Komm.) Politik. Die von Herrn Warmuth so hübsch ernst genommenen militärischen Exzesse des Hölz waren allerdings nur theatralische Maßnahmen der militärischen Klasse von Kamp und Komfort. Aber im Bezirk Halle hat ein Parteigenosse und mit ihm 5 Genossen, darunter auch ein Unabhängiger, mit ansehen müssen, wie sozialdemokratische Schuchtleute abgeklatscht und verurteilt wurden. (Hört! Hört!) Die Mitglieder der ganzen Heke waren allerdings weit vom Schick. Für Herrn Rosenfeld ist es freilich bequemer, auf Hörsing zu schimpfen, als den radikalen Genossen von links die Wahrheit zu sagen. Was die Verordnung anlangt, so sind die ordentlichen Gerichte überlastet; sie müßten in vielen Fällen die Fälle kalt geniesen wollen und ebenso grausame Urteile fällen.

Unsere Anträge

sind allerdings von absolutem Mißtrauen gegen unsere Rechtsprechung getragen. Unsere Rechtsprechung wurde niemals seit den vielen Jahrzehnten meiner politischen Tätigkeit so niedrig eingeschätzt, wie heute. Vom Prozeß Kessel bis zum Prozeß Wessler ist es eine einzige Kette skandalöser Verwahrlosungen des Rechts empfindende. Viele Klagenurteile werden nur von Söhnen der Bourgeoisie ausgeprochen. (Unruhe rechts.) Aber wenigstens können die ordentlichen Gerichte den Angeklagten nicht alle Rechtsgarantien rauben. Bis zur Stunde ist

nicht ein einziger Kapuzenverhafteter und angeklagt. (Zuruf rechts: Sie haben ja selbst die Amnestie bewilligt!) Aber doch nur für die untergeordneten Teilnehmer, nicht für die Rädelsführer! Ehrhardt hat nachgewiesenermaßen mit der Kaiserregierung in Bayern Unterredungen gehabt. Ich frage den Reichsjustizminister, ob er gegen Ehrhardt etwas unternommen hat. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie auch die Verantwortung für die Sondergerichte trage, weil der Reichspräsident der sozialdemokratischen Partei angehört, ist unzutreffend. Die

Rechtsrechtliche Verantwortung für alle Handlungen des Reichspräsidenten trägt der Reichspräsident selbst, der Reichsjustizminister.

Der Reichspräsident übt auch keine Parteifunktion aus, was soll also das Gezeires von der Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Partei? (Seiterfeld.) Die Rechte ist zur Bekämpfung

der kommunistischen Ideen unfähig, einzig und allein die Gewerkschaften sind dazu imstande, wie die Geschichte der letzten zwei Jahre beweisen hat. Sie glauben, nur die brutale Gewalt sei ein Mittel, deshalb appellieren Sie sofort an die Gewehre und Maschinengewehre und einigen sich letzten Endes darin mit den Kommunisten. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Kommunisten nicht gegen rechts kämpfen, sondern immer nur gegen uns Sozialdemokraten. Das beweist, wie fern wir den kommunistischen Zielen stehen. Sie von der Rechten sind die grundsätzlichen Gegner der Kommunisten, aber zugleich die förderliche kommunistische Agitation. (Zuruf: Nuhnieher!) Die Trauerfeier in Potsdam war nichts anderes als eine Feieler der Reaktion. Wenn es nicht so ungefährlich gewesen wäre, in der Republik

für die Monarchie zu demonstrieren,

dann wären wohl kaum so viele Offiziere nach Potsdam gekommen. In den Novembertagen 1918 wäre wohl kaum ein Offizier dorthin gegangen. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Wo waren Sie denn in den Novembertagen? (Zuruf rechts: Wo waren Sie denn?) Das Herz des Mannes von Amerongen ist von Verachtung gegen Sie erfüllt.

Bei Ihrer Handlungsweise kann ich das vollkommen begreifen (Unruhe rechts.) Daß die Blutsverwandten der früheren Kaiserin der Trauerfeier beizuwohnen, wird niemand Wunder nehmen, alles übrige aber trug nur zu deutlich den Charakter der Demonstration. — Das letzte Bollwerk gegen den Zusammenbruch der deutschen und der deutschen Industrie sind heute die Gewerkschaften. Von der anderen Seite natürlich werden sie als das Hindernis auf dem Wege zur Weltrevolution bezeichnet. Herr Lent rückt jetzt von Moskau ab; wir begreifen überhaupt schwer, wieso er überhaupt hat hingehen können. Der Märzputsch ist zusammengebrochen. Diese Tatsache bedeutet zugleich den Zusammenbruch des Kommunismus.

Wir Sozialdemokraten werden auf dem Wege, von dem wir bisher nicht abgewichen, weitergehen und unsere Aufgabe, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu lösen, ohne aber jemals mit denjenigen, die die Gewalt predigen und die Arbeiter in sinnlose Abenteuer hineinziehen, gemeinsame Sache zu machen. (Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Heineze erklärte sich bereit, im Ausschuss über Einzelheiten der Verordnung zu beraten. Die Verordnung ist notwendig, weil sonst die ordentlichen Gerichte überlastet werden. Die große Mehrzahl der Kapp-Delinquenten ist durch das Amnestiegesetz amnestiert worden, nur die Führer und Urheber nicht; diese wenigen haben wir leider nicht kriegen können. (!)

Abg. Dr. Cremer (Dt. Vp.): Wenn man hört, daß der Etat der kommunistischen Partei Deutschlands monatlich mit zwei Millionen Mark balanciert (Bewegung), dann wird man doch bedenklich. Dieser unangenehme Beleg beweist, daß

ausländisches Geld zum Blutvergießen gegen deutsche Mitglieder verwendet wird, veranlaßt gegen das kommunistische Treiben einen sehr tiefen Widerwillen in allen Kreisen des Volkes, auch der Arbeitererschaft. (Zustimmung.) Es ist ganz natürlich, daß bei einer Betriebsrätewahl im Bezirk Merseburg von 300 Gewählten nur 10 Kommunisten sind. Wir haben das Vertrauen, daß die Sondergerichte ordnungsgemäß und schnell arbeiten werden, damit wieder Ordnung gebracht wird. Der Märzputsch ist voraussetzungslos das letzte Aufflackern der kommunistischen Bewegung. Wenn der Staat mit größter Entschiedenheit sich etwaigen neuen Aufschüben widersetzt, dann werden die kommunistischen Abgeordneten bald in einer drohenden Lage haben.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Die Verordnungen des Reichspräsidenten sind durchaus zulässig. Die verlesene Justiz muß unter allen Umständen schleunigst wieder hergestellt werden. Gegen den sozialistischen Antrag haben wir Bedenken, sind aber bereit, ihn zu prüfen.

Abg. Dellus (Dem.): Von einer endgültigen Verurteilung ist in Mitteldeutschland noch keine Rede. Die Vorwürfe gegen den Minister Severing sind ebenfalls ungerichtet. Wir bedauern die Propagandakampagne gegen den Reichswehrminister und gegen Herrn Hörsing. Die Schlußfolgerung muß jetzt in Mitteldeutschland bleiben. Die Sondergerichte müssen bestehen bleiben. Dabei wollen wir keine Radikalpolitik treiben.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Prüfungen der Feuerhermometer. Abg. Girbig (Soz.) verlangt zwangsweise Prüfungen der Thermometer. Staatssekretär Lewald bittet um unveränderte Annahme des Gesetzes. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Freitag, 2 Uhr, Anfragen Sondergerichte, Staatsgerichtshof, Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die oberschlesische Entscheidung

Eine Erklärung Lloyd Georges.

MR. MELBET: Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George, der Kommissar in Oppeln habe keinen Bericht über die Grenze von Schlesien noch nicht erstattet. Es sei Aufgabe der alliierten Mächte, die schlesische Grenze nach Kenntnisnahme des Berichtes der Abstimmungskommission festzusetzen. Die englische Regierung sei sich vollkommen der Wichtigkeit einer schnellen Regelung dieser Frage bewußt. Sie habe ihrem Vertreter in der Kommission Anweisung erteilt, die Entscheidung so schnell wie möglich herbeizuführen. — Ferner erklärte Lloyd George, es sei noch zu früh, um das Ergebnis der gegen Deutschland in Anwendung befindlichen Zwangsmahnahmen bekannt zu geben, da diese Zwangsmahnahmen erst zu kurze Zeit im Kraft seien, um schon Ergebnisse gezeitigt zu haben.

Wie die Agence Havas meldet, ist es wahrscheinlich, daß Lloyd George und Briand auch die Frage der Aufteilung Oberschlesiens besprochen werden.

## Die Reichsregierung an Harding.

Berlin, 21. April. Das Reichskabinett hat am Donnerstag beschlossen, erstens die Vermittlung Americas in der Entschärfungsfrage anzuzugehen, und zweitens für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes Nordfrankreichs der Wiederaufbaukommission einen positiven Vorschlag einzubringen.

Die Note an Harding hat folgenden Wortlaut:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkung oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig bemitteln sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, keinen Schließspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten, sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach, zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten den Antrag. Es hegt die aufrichtigste Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmahnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

Fehrenbach, Dr. Simons.

## Womit Briand droht.

In einer Meldung der Agence Havas heißt es: Während der Begegnung in Lagny wird Briand Lloyd George einen Plan vorlegen, den die besten Köpfe Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, daß Deutschland bei der passiven Resistenz beharrt. Dieser Plan, der morgen beendet sein wird, ist ein Niederlag der fünf Völker, die von verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet worden sind. In großen Zügen enthält er unter anderem zugunsten des Reparationskontos die Erhebung eines Zollaufschlages von 50 bis 70 Francs pro Tonne Kohle, die aus dem Ruhrgebiet kommt. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es ja die Verfürgung über die Kohlen erhält. Außerdem sind Erleichterungen zum Bezug von Lebensmitteln für die Bewohner der beleagerten Gebiete vorgesehen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 75 Prozent der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Diese einfachen praktischen Maßnahmen sind von La Troquer in verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet worden. Sie wurden einem von Loucheur beauftragten Sachverständigen vorgelegt.

## Stegerwalds Programm.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie es nicht anders zu erwarten war, ist Stegerwald nach seinem formellen Rücktritt am Donnerstag von sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zum preussischen Ministerpräsidenten wiedergewählt worden. Stegerwalds Wahl war, wie bereits am Mittwoch bekannt, als ein indirektes Vertrauensvotum ausgelegt, was aber in Wirklichkeit nicht als zureichend gelten kann. Schon im Laufe des Donnerstags haben sich für Stegerwalds Regierung neue Schwierigkeiten ergeben, da die beiden Rechtsparteien, auf deren Unterstützung der neue Ministerpräsident unbedingt angewiesen ist, mit dem Programm nicht einverstanden sind. Trotzdem aber beschließt das Zentrum, das Programm in der vorgezeichneten Fassung vorlegen zu lassen und die Verantwortung einer evtl. Ablehnung auf die Partei abzugeben. Sollte die Volkspartei und die Deutschnationalen zu einer Unterstützung nicht bereit sein, dann beschließt das Zentrum, Stegerwald zur endgültigen Niederlegung seines Mandats zu veranlassen und dann jede Beteiligung an einer Regierung abzulehnen.

In den Donnerstag-Abendstunden wurden jedoch noch lebhaftere Anstrengungen gemacht, die Klippe zu umschiffen. Vor allem bemühten sich die Vertreter des Zentrums und der Demokraten, die bisher jede Wahrscheinlichkeit der Sozialdemokratie mit ihren Fraktionen Stegerwald selbst übernahm auch Bestrebungen in dieser Hinsicht und äußerte einem prominenten Führer der Sozialdemokratie gegenüber seine Auffassungen und seine Absichten; u. a. beronte er nochmals, daß sein Kabinett nur ein Nebelgangsmittel sein solle, das einem anderen Platz machen solle, sobald die Verhältnisse im Reich eine Umbildung des Reichskabinetts notwendig machte. Andererseits wäre auch dadurch ein Umweg zu finden, daß der Kandidat, der zur Reichspräsidentenwahl abgeht: ist (C. B. E. R.) ein Programm aufstellt, dem alle republikanischen Parteien zustimmen könnten. Auf dieser Basis wäre dann nach der Wahl Stegerwalds sofort eine Regierung im Reich, wie eine in Preußen zu bilden. Wir müssen alle diese Kombinationen des neuen preussischen Ministerpräsidenten zu den mannigfachen Unmöglichkeiten zählen, die er der Öffentlichkeit in diesen Tagen vorgehen und genau wie bei anderen Vorschlägen zu dem allernächsten Gedanken eine nähere Erklärung verlangen.

Aber ganz abgesehen von dem neuesten Gedanken Stegerwalds beruht die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht daran, dem neuen preussischen Ministerium, mag es aussehen, wie es will, irgendwelche Feindschaft zu bezeugen oder gar das Vertrauen auszusprechen. Auch ein ideologisches Programm, das Stegerwald vordringen würde, kann an dieser Haltung nichts ändern.







# Aus der Provinz Schlesien.

## Gegen den neutralen Freistaat Oberschlesien Eine Schiedung des Bundes der Oberschlesier.

Der Bund der Oberschlesier, Zentralbüro Beuthen D.-S., Gamaßstraße 12a, hat an sämtliche Bürgermeister und Gemeindevorsteher des besetzten Gebietes ein Schreiben erlassen, in dem es heißt:

Der Kampf um Oberschlesien steht vor der Entscheidung. 718 406 deutsche und 470 406 polnische Stimmen haben sich gegenüber.

Jetzt soll Oberschlesien geteilt und damit getötet werden. Jahrhunderte haben wir Freud und Leid zusammengetragen und sollen jetzt getrennt werden? Unser Land soll zerrissen werden? Was wir mühsam aufgebaut haben, soll vernichtet werden?

Oberschlesier aufgepaßt! Es wird kein halbes Jahr nach der Teilung vergehen und die Eisenhütten werden aus großen Teil still liegen, die Kohlenförderung wird zurückgehen, die Löhne werden sinken.

Die verständigen ober-schlesischen polnischen Zeitungen wie Gornoslaz, Kurier Polski, Gazeta Ludowa, Koscioł u. a. erkennen die tödlichen Gefahren der Teilung ebenso an, wie alle deutschen Zeitungen. Diese Zeitungen wollen natürlich, daß Oberschlesien ungeteilt zu Polen oder zu Deutschland komme.

Wir wollen, daß Oberschlesien ungeteilt und Oberschlesier als neutraler Freistaat bleibt.

Schon zwei Jahre lang kämpfen wir unermüdet für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Ob wir zu Deutschland oder zu Polen kommen oder neutrale Republik werden sollen, das mögen die Diplomaten durchsehen lassen.

Wir, das ober-schlesische Volk, aber müssen fordern, daß wir immer und ewig im ungeteilten Oberschlesien zusammenbleiben wollen.

Die Zeit drängt. Wir müssen mit Material vor den Obersten Rat treten. Darum bitten wir Sie, uns auf anliegender Postkarte mitzuteilen, ob die Stimmung in Ihrer Gemeinde für eine Teilung Oberschlesiens ist oder nicht. Die Karte wollen Sie mit dem Gemeindefiegel besiegeln.

Mit ober-schlesischem Gruß!  
Der Bund der Oberschlesier,  
Zentralbüro Beuthen D.-S., Gamaßstraße 12a.

Er hat seinem Schreiben eine Postkarte beigelegt, die die Adressaten unterschreiben und mit dem Dienststempel versehen an den Bund der Oberschlesier zurücksenden sollten. Die Karte enthält nur den Wortlaut: Wir wollen, daß D.-S. ungeteilt bleibt!

Sie enthält also nicht die in dem Schreiben enthaltene Willenserklärung, daß Oberschlesien ungeteilt den Oberschlesier als neutraler Freistaat verbleiben soll. Der Verband besoldeter Kommunalleiter D.-S. hat in einer in Randzahn am 14. April stattgehabten Sitzung zu diesem Rundschreiben Stellung genommen und ganz entschieden Verwahrung eingelegt.

1. gegen die Ansicht, daß Oberschlesien ein neutraler Freistaat werde

2. daß den ober-schlesischen Bürgermeistern und Gemeinde-Vorständen zugemutet werde, einen bestimmten Antrag, an wen er auch gestellt sein möge, zu unterstützen, da die ober-schlesischen Bürgermeister, mögen sie nun Stadt- oder Landgemeinden vorstehen, von der festgestellten Überzeugung durchdrungen sind, daß ein neutraler Freistaat Oberschlesien genau dieselbe schädliche Wirkung für unsere Heimatprovinz Oberschlesien als für das gesamte deutsche Vaterland hat, als eine Teilung oder eine völlige Überantwortung an Polen.

Denn darüber besteht bei dem Verbands besoldeter Kommunalleiter Oberschlesiens kein Zweifel, daß ein Freistaat Oberschlesien lediglich ein Staatsgebilde entweder unter polnischer Herrschaft oder unter der Herrschaft der Entente insbesondere Frankreichs sein würde. Sie lehnen daher einen Freistaat Oberschlesien unter allen Umständen ab. Sie verurteilen aber auch das Schreiben des Bundes der Oberschlesier aus dem Grunde, weil sie der Überzeugung sind, daß die beigelegte Karte nur dazu dienen sollte, nicht um eine Erklärung über ein ungeteiltes Oberschlesien abzugeben, sondern irgend einer Seite vorzutäuschen, daß die schlesischen Bürgermeister und Gemeindevorsteher mit der Bildung eines Freistaates, auch wenn dadurch die Ungeteiltheit Oberschlesiens verbürgt würde, einverstanden wären.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß ein Teil der leitenden Gemeindebeamten die Karte in der Überzeugung unterschrieben hat, daß es lediglich auf die Erklärung „ungeteilt“ ankommt und da ferner nicht ausgeschlossen ist, daß mit diesen Unterschriften ein Mißbrauch getrieben wird, so wollte der Verband besoldeter Kommunalleiter auch die Deffenlichkeit tun, daß diese Unterschriften durch Täuschung erlitten sind.

**Stab. Ein Schmuggler erschollen.** Die Zollbeamten Herlich und Köster liegen mit einer Schmugglerbande, die von der Grenze mit Waren voll besetzt kamen, zusammen. Zunächst klagten die Schmuggler. Nach verschiedenen Warnungen blieben sie nicht stehen, worauf die Beamten mehrere Schüsse abgaben, von denen einer den 22-jährigen Ernst Schöner aus Carlsdorf in Böhmen in den Kopf traf. Der Tod trat bald darauf ein. Es konnten große Mengen Schmuggelwaren, wie Rum, Spiritus, Pfeffer, Butter, usw. beschlagnahmt werden.

**Kattowitz. Eine wüste Schiebererei.** In Wilhelmshütte kam es in der Dienstagnacht zwischen 11 1/2 und 11 3/4 Uhr zu einer wüsten Schiebererei. Im Ueblichen Gasthause wurde eine Hochzeit gefeiert. Plötzlich versuchte ein Trupp junger Burken, unter denen sich auch zwei Apo-Beamtinnen befanden, in das Lokal einzudringen und an der Feier teilzunehmen. Es kam dabei zu einer Schlägerei, die zu einer Schiebererei ausartete. Der Haupttäufelstörer ist ein gewisser Spilla. Ein französischer Offizier war noch in der Nacht an Ort und Stelle und nahm über den gesamten Vorgang ein Protokoll auf. Verhaftet wurden insgesamt sieben Zivilisten und außerdem ein französischer Soldat, der sich dort angeblich ohne Urlaub aufgehalten hatte. Die Verletzten wurden nach der Schiebererei im Krankenhaus der Gieschegrube dem Lazarett zugeführt.

## Stadttheater.

### Schnee.

Das zweite Gastspiel Adolf Dimanos fand ebenfalls im Zeichen Puccinis; so gut dem Künstler auch der Poet Rudolf Karellesch wie stimmlich liegen mag, so wäre eine andere Rolle ausschlaggebender gewesen, besonders in Rücksicht auf die Frage, ob Adolf Dimano imstande ist, bei seiner abgequarten italienischen Gelangsmanner auch spezifisch deutschen Partien gerecht zu werden. Im wesentlichen war der Eindruck der gleiche wie am Sonntag. Der Gast bewegte sich auf den Brettern mit voller Freiheit, der Assimilationsprozess hatte zu absolutem Kontakt geführt. Der gelangstehende Apparat funktioniert nach dem Wissen seines Meisters, auch das liberatmäßige hohe C am Ende des ersten Bildes. Die ungezügelt offene Vokalaktion hatte eine gewisse Milderung erfahren, doch stand sie unferm Empfinden im ganzen fremd gegenüber. Der Text blieb infolge der vorerwähnten Konsonantenbehandlung größtenteils unverständlich. Mängel, die einem großen Fragezeichen in der Entscheidung ob Adolf Dimano ein wertvoller Zuwachs für Breslau wäre, gleichkommen. —g—h.

# Besonders preiswerte Sonder-Angebote!

### Herren-Stiefel

- aus prima Rindboxleder, moderne Form, sehr haltbar . . . . . **128<sup>50</sup>**
- in Roschcreaux mit Lacktappe und Rindbox, Extra billig . . . **148<sup>50</sup>**
- aus prima Boxkalfleder od. in echt Chevreau auf Rand . . . . . **195<sup>00</sup>**
- aus braunem Rindboxleder, mod. Farbe, extra billig . . . . . **248<sup>50</sup>**
- in braune Herren-Stiefel mit Doppelsohlen auf Rand gearbeitet . . . . . **275<sup>00</sup>**
- Herren-Halbschuhe aus Rindbox, moderne Form . **175<sup>00</sup>**

### Damen-Stiefel

- aus Boxkalfleder und R.-Cheor, Hochschaff, moderne Form . **128<sup>50</sup>**
- aus R.-Chevreau mit Lacktappe Hochschaff, extra billig . . . . **148<sup>50</sup>**
- aus prima Boxkalfleder, mit u. ohne Lack, Hochschaff, Rahmensch. **195<sup>00</sup>**
- aus braunem echt Chevreauleder Hochschaff, sehr preiswert . . **248<sup>50</sup>**
- Lackleder mit schwarz u. farbige Chevreau-Einsatz, mod. Form **275<sup>00</sup>**
- aus braunem Chevreau- u. Boxkalfleder, Hochschaff Gooodyan-Verfärbung . . . . . **295<sup>00</sup>**

### Damen-Halbschuhe

- Chrom-Chevreau-Spang-Schuhe moderne Form, sehr haltbar . . . . . **98<sup>50</sup>**
- Chrom-Chevreau-Schnür-Halbschuhe extra billig . . **115<sup>00</sup>**
- Prima Boxkalf- u. Cheor-Schnürschuhe teilweise auf Rand, moderne Form . . . . . **128<sup>50</sup>**
- in elegante Boxkalf- und R.-Cheor-Schnürschuhe **148<sup>50</sup>**
- in mahagoni, in Chevreau-Schnür- u. Spangenschuhe **160<sup>00</sup>**
- moderne, braune Cheor-Laschensch. u. Pumps auf Rand gearbeitet . . . . . **195<sup>00</sup>**

### Kinder- und Knaben-Stiefel

- Rindleder-Oesenstiefel 27/30 65.00 31/35 **73<sup>00</sup>**
- in Rindbox-Knabenstiefel 27/30 69.50 31/35 103.50 36/39 **120<sup>00</sup>**
- Prima R.-Cheor. m. Lackh. Hochsch., 27/30 109.00 31/35 **115<sup>00</sup>**
- in braune Rindbox-Oesenst. 27/30 149.00 31/35 **169<sup>00</sup>**
- Schwarze Leinen-Stiefel sehr haltbare, kräft. Unterböden 27/30 48.00 31/35 **58<sup>00</sup>**
- Braune und schwarze Sandalen Tennis-Schuhe Turnschuhe sehr preiswert.

Alleinverkauf für Breslau des berühmten

**Dr. Diehl-Stiefels.**

Ein Stiefel, der nicht drückt,  
Ein Stiefel, der langlebig.



Breslau

Ohlauerstraße 5-6

### Einzelpaare

haben wir besonders im Preise herabgesetzt.  
Selten günstige Gelegenheit  
preiswert zu kaufen.

### Möbel

aus Holz, Eisen, Stahl, Kupfer, Messing, Bronze, Silber, Gold, Porzellan, Stein, Marmor, Glas, Leder, Stoff, Seide, Wolle, Baumwolle, etc.

### Sinalco-Saft

mit 8 Teilen Wasser gemischt ein wirklich verdauliches, preiswertes Hausgetränk.

Als Getränk zu Mahlzeiten aller Art geeignet. Zum Erfrischen von Früchten und Säften von Kompott, etc.

### 10000 Zinsen u. 1 Jahr

in den meisten Fällen zu mäßigem Preise. R. Barthel, Poststr. 1.

### Die billigsten Anzüge

in den meisten Fällen zu mäßigem Preise. R. Barthel, Poststr. 1.

### Zentralverband der Rajchnisten u. Selzer

Wahl der Delegierten zum Verbandstag am Sonntag, den 24. April 1921.

am Sonntag 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr in folgenden Lokalen: Gewerkschaftshaus, Waggartenstraße, im Büro Zimmer 81. Ballhausstraße 12, Heinrich. Schulstraße 12/14, Scholz, Gae. Gieselerstraße (früher Helze). Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen. Die Devisenverwaltung.

### Möbel

aus Holz, Eisen, Stahl, Kupfer, Messing, Bronze, Silber, Gold, Porzellan, Stein, Marmor, Glas, Leder, Stoff, Seide, Wolle, Baumwolle, etc.

aus Holz, Eisen, Stahl, Kupfer, Messing, Bronze, Silber, Gold, Porzellan, Stein, Marmor, Glas, Leder, Stoff, Seide, Wolle, Baumwolle, etc.

### In einer Stunde fertigen Garantie

aus Holz, Eisen, Stahl, Kupfer, Messing, Bronze, Silber, Gold, Porzellan, Stein, Marmor, Glas, Leder, Stoff, Seide, Wolle, Baumwolle, etc.

M. ANDERS KÄMPF, Breslau, Friedrichstraße Nr. 22.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Achtung, Arbeiterjugend, Bezirk 3. Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr: Besichtigung des Gaswerks IV in Dürre...

Arbeiterjugend, Bezirk 4 (Süd-Südwest), Volkshaus, Turnhalle. Freitag, den 22. April, Vortrag des Jugendkollegen E. Firsiroti über: „Schäden des Alkohols“.

Abteilung Oberort (Distrikte 16, 17, 20). Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, bei Hebig, Wehlstraße 52/54: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre. Keiner fesse.

Abteilung Nibelaiter (Distrikte 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15). Sonnabend, den 23. April, abends 7 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre bei Stojch, Westendstraße 37.

Zum Angestelltenstreik in der Metallindustrie.

Von der Zentraleileitung der Angestellten für die Metallindustrie, Breslau wird uns mitgeteilt, daß der Streik immer weitere Ausdehnung erfährt. Die am Mittwoch veröffentlichte Liste der Firmen, die beitreten werden, ergänzt sich noch durch folgende:

- Schaefer u. Schaefer, Diener u. Boldt, Wendt u. Co., Freyfel u. Küllers, Hirschfeld, Franz Richter, A. Seuthner, Paul Mühl, Ceres, Kohnhauerhütte, Zimmermann u. Co., Fiedrich, Kahel u. Pachur, Schloß, elektrotechn. Gesellschaft, Stromwäski, Hübner.

Auch am Donnerstag dauerte der Streik unvermindert fort. Es ist sogar von einer - wenn auch nicht bedeutenden - weiteren Ausdehnung des Kampfes zu sprechen. Daburch, daß die Sicherheitspolizei durch ihre Mannschaften in, nach Meinung der Streikenden, unnötiger Schärfe gegen die Streikposten vorging, kam es sogar zu verschiedenen bedauerenswerten Zusammenstößen. Die Streikleitung ist nach wie vor bemüht, Zusammenstöße zu vermeiden. Beschwerden über das Verhalten einzelner Mannschaften ist bereits beim Polizeipräsidenten eingereicht.

Am gestrigen Nachmittag fand im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung der Angestellten statt, die in voller Einmütigkeit verließ. Abends um 8 Uhr war der Schlichtungsausschuß amtlich zu einer Sitzung einberufen. Die Arbeitgeber verlangten von den Angestellten eine Erklärung, daß sie angebliche Lieberträge bezeugten. Dieses geschah von den Organisationen, wobei gleichzeitig betont wurde, daß auch die Arbeitgeber Angriffe und Beschimpfungen von Streikposten unterlassen sollten.

Herr Dr. Meißner wollte nun noch einen besonderen Fall, bei dem er angeblich Augenzeuge gewesen sein soll, zur Sprache bringen, worauf Genosse Verhölz antwortete, daß man diesen Fall erst nachprüfen müsse. In ziemlich scharfen Worten erklärte Dr. Meißner dann: „Wenn ich Ihnen das sage, haben Sie es zu glauben.“ Darauf brachen die Arbeitgeber die Sitzung ab. Die Angestellten sehen mit Ruhe der weiteren Entwicklung des Streites entgegen.

Die sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ legt heute den Streikenden unter großem Gekader ein taubes Ei ins Nest. Ueber ihre Klaffenlage sind die Angestellten, soweit sie bisher von unserer Partei zu erreichen waren, ausreichend aufgeklärt worden. Es bedurfte auch nicht der Kommunisten, um sie zu einem Streik zu veranlassen, sondern sie sind aus eigenem Entschluß zu ihrem Schritt gekommen. Wir wissen diesen Schritt zu würdigen, denn die Lage der Angestellten ist alles andere, als rosig. Wir begleiten ihren Kampf mit unserer vollen Sympathie und hoffen, daß Einigkeit und Geschlossenheit sie zum guten Ziele führen werden. Im übrigen ist es niemals Sache der politischen Arbeiterpresse gewesen, den Kampf der Gewerkschaften durch bloßes Hineinreden zu erschweren, die gegenseitige Verbitterung zu verschärfen, und die unvermeidlichen Opfer jedes Kampfes zu vergrößern. Das tut aber die „Arbeiterzeitung“, indem sie zwischen Mitteldeutschland und dem Streik in Breslau eine „revolutionäre Linie“ zieht. Wir glauben, daß es die Angestellten der Breslauer Metallindustrie weit von sich weisen, mit Häß- und anderen „Gardisten“ auf eine Stufe gestellt zu werden. Sie werden ihren berechtigten Kampf in dem Geiste der Ordnung und Disziplin zu Ende führen, der seit mehr als einem Menschenalter die Arbeiterschaft vorwärts kommen ließ. Dabei steht ihnen die gesamte Breslauer Arbeiterschaft mit ihren Sympathien zur Seite. Mit Orgeleis und Spiegeln, mit Polizei und Rotgardisten, mit dem Verfallener Vertrag und dem Heiland von Moskau, ja selbst mit „Severing und Försting“ hat der Breslauer Streik gar nichts zu tun, sondern nur damit, daß die Angestellten ihre angemessene Existenz haben wollen.

Ein bedenkliches Urteil des Breslauer Gewerbegerichts.

Vom Verband der Buchbinder wird uns geschrieben:

Die Breslauer Zahlstelle des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands führt seit mehr als einem Jahre einen händigen Kampf mit dem Verein Breslauer Buchdruckermeister um Anerkennung des am 17. Januar 1920 vereinbarten Reichstarifs für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige. Im Verfolg dieses Streites kam am 2. Juni 1920 eine Vereinbarung zustande, welche die Löhne der Buchbinder in den Buchdruckerbetrieben nach den Bestimmungen des Buchdruckerlohntarifs mit einem Abzug von 3,50 Mark gegenüber dem Lohne der Buchdrucker regelte. Die Löhne der Buchbindereiarbeiterinnen werden in diesem Abkommen nach den Richtlinien, wie sie für die Arbeiterinnen der Buchdruckererei von der gemeinschaftlichen Kommission des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Verbandes der Buch- und Stein-druckermeister am 27. November 1919 vereinbart worden sind, festgelegt.

Ferner wurde vereinbart unter Punkt 6: „Sollte der Reichstarif zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter abgeschlossen werden, so löst der Reichstarif den vorliegenden Vertrag ab.“ Am 4. Februar d. J. kam nun als Nachtrag zum Reichstarif ein Zusatzvertrag für die in den Buchdruckerbetrieben beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen zustande. In seinen Satzbestimmungen legt der Zusatzvertrag „in den einzelnen Orten und Bezirken für die Arbeitnehmer bereits bestehende günstigere Verhältnisse sollen durch den Reichstarif nicht aufgehoben werden.“ Einem bei der Firma Zimmer u. Co. beschäftigten Buchbinder wurde am 7. März der bisher gezahlte Lohn gekürzt. Er legte Klage bei dem Gewerbegericht auf Auszahlung der ge-

füzten Lohnsumme ein und erweiterte seinen Anspruch in dem Termin vom 21. April auf Weiterzahlung des bisher gezahlten Lohnes. Die Firma küßt sich auf den Abfall der Vereinbarung vom 2. Juni 1920, wonach sie ihrer Meinung nach berechtigt sei, ab 1. Februar den minderen Lohn des Zusatzvertrages zu zahlen. Sie führte auch eine Äußerung des Vorsitzenden des Breslauer Buchdrucker-Vereins an, die dahin ginge, daß die Breslauer Buchdruckermeister vom 1. April ab nur noch den Zusatzvertrag 3 des Reichstarifs für das Buchbindergewerbe anerkennen und nach diesem entlohnen. Derselbe Herr Vorsitzende hat in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Arbeitnehmer den Standpunkt des Breslauer Buchdruckervereins dahingehend präzisiert, daß dem gegenwärtig beschäftigten Personal kein Lohnabzug gemacht werden soll. Die Firma selbst handelt also gegen die Erklärungen ihres Vorstandes. Welchen Einfluß hat der Breslauer Buchdrucker-Verein auf seine Mitglieder?

Das Gewerbegericht entschied in diesem Fall aber auf Abweisung der Klage. Der Wille der vertragsschließenden Parteien am 4. Februar 1921, der dahingehende, daß die günstigeren Verhältnisse in den einzelnen Orten durch den Reichstarif nicht aufgehoben werden sollen, machte auf das Gewerbegericht keinen Eindruck und auch die hiesigen Arbeitgeber labortieren diesen Willen der vertragsschließenden Parteien und finden leider in der Kammer II des hiesigen Gewerbegerichts willkommene Hilfe.

Wenn man auch die Vereinbarung vom 2. Juni 1920 als ein Protokoll betrachte, so hatte diese doch in ihrer ad-monitionellen Wirkung günstigere Verhältnisse geschaffen, die nach den Schlüsselbestimmungen des Zusatzvertrages zum Reichstarif bestehen bleiben sollten. Das scheint aber für das Breslauer Gewerbegericht nicht maßgebend zu sein. Maßgebend scheint für das Gericht der Wunsch zu sein, dem Schrei der Unternehmer nach Lohnabbau Rechnung zu tragen. Anders ist dieses abweisende Urteil des Breslauer Gewerbegerichts nicht zu verstehen. Was bedeutet der Vorsitzende des Vereins Breslauer Buchdruckermeister zu tun, um sein Mitglied anzuhaken, seinen Erklärungen entsprechend zu handeln, die dahin gingen, daß keinem der Beschäftigten eine Lohnkürzung zugefügt werden sollte?

Die Arbeitgeber fühlen sich stark!

Die eigenartigen Verhältnisse in der Ziegelindustrie geben den Verbänden der Fabrikarbeiter Anlaß, auch die anderen Arbeitlosen und Kolleginnen über die gegenwärtige Lage der in diesem Beruf Tätigen zu unterrichten.

Die Ziegelwerke haben es verstanden, den auf die Ziegelindustrie niedergehenden Goldregen in ihre Kassen zu leiten, die große Masse der Ziegelarbeiter aber geringe Ausbeute zu erhalten. Die Arbeiterarbeit hat wohl ihre Gesundheit in erhöhtem Maße verbraucht, den erhöhten Gewinn aber haben die Ziegelherren eingeträchtigt und wollen selbst jetzt noch nicht das Einsehen haben, daß auch ihre Arbeiterschaft das Recht zum Leben als Menschen habe. Nach Meinung der Ziegelherren sollen die Ziegelarbeiter auch fernher in Lohnländern bleiben, sich schämen und quälen ihr Leben lang, sie sollen auf Brot und Recht verzichten, ja die Ziegelarbeiter sollen dauernd als mißfällige Ausbeutungsobjekte gelten.

Die Arbeiterschaft hat sich nun endlich zu der Erkenntnis durchgerungen, auch für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, einerseits eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch in den entlegenen Orten einzutreten zu lassen, andererseits aber auch der eingetretenen Willkür einzelner Unternehmer eine Grenze zu setzen. Die Folge davon war, daß der Arbeiterschaft von Seiten der Unternehmer der heftigste Widerstand entgegengekehrt wurde. Der Wunsch der Arbeitnehmer, eine zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, verfehlte verschiedene Arbeitgeber in eine Kampfschlammung. Sie schrien einfach ab! Die Arbeiterschaft verlagte in einzelnen Betrieben dem Unternehmer die Antwort nicht! Sie hielten fest an ihrem Vorlaß, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen den heutigen Zeiten entsprechend geregelt werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zum Kampfe komme. Und es kam zum Kampfe. In einigen Betrieben griff die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe und es ist ihr zum Teil gelungen, dadurch die Unternehmer von ihrem Herrenstandpunkt abzubringen und zur Verhandlung zu zwingen. Zum Teil stehen allerdings die Kollegen bis zur Stunde noch im Streik, doch hoffen wir, auch hier den Sieg davontragen zu können. Wir haben also keine Ursache, zu verzagen. Die Baukonjunktur liegt vor uns. Beginn sie nicht morgen, dann übermorgen. Wir wollen sie ausnützen. Nicht in übermütiger Weise, nur unser Recht verlangen wir, das die Arbeitgeber erwürgen wollen. Dagegen wehren wir uns mit allen Mitteln, mit allen Kräften. Sorgen wir, daß diese Mittel und Kräfte erhöht und gestärkt werden. Die Zeit wird täglich für uns günstiger, seien wir also bereit. Die Unternehmer wollen uns rückwärts zerrn, wir wollen vorwärts! Der Stärkere wird siegen. Die Stärke der Arbeiter liegt in der Organisation. Darum organisiere sich jeder, der heute seiner Berufsgruppe noch fernsteht.

Zur Lohnbewegung in der Wäschekonfektion.

Die Arbeitnehmer der Breslauer Wäschekonfektion und insbesondere die Heimarbeiterinnen sind in ihren Lohnfäden hinter den übrigen Gruppen des Bekleidungsgebietes noch sehr weit zurück. Anträge der Organisationen auf Erhöhung dieser Lohnsätze werden von den Fabrikanten furchend abgelehnt. Schon das öftere müßte sich deshalb der Schlichtungsausschuß der Näherinnen annehmen, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg.

Am 23. März fand auf Antrag eine erneute Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß statt, der einen Beschluß faßte, daß den Heimarbeiterinnen ein Zuschlag von 10 Proz. gewährt werden soll. Bezüglich der Betriebsarbeiterinnen wurde die Leitung des Arbeitgeberverbandes gehalten, diese Angelegenheit bei ihren Mitgliedern zur Sprache zu bringen, und dem Schlichtungsausschuß bis zum 4. April berichten. Erst am 1. April fand es der Arbeitgeberverband für notwendig, dem Schlichtungsausschuß mitzuteilen, daß infolge der heiligen Messe der Vorstand bisher zur Stellungnahme nicht zusammengetreten konnte, daß aber schriftlicher Bescheid „in den nächsten Tagen erfolgen“ werde.

Es werden die Beschlüsse des Schlichtungsausschusses von den Arbeitgebern beachtet. Das Spiel, das hier mit den Arbeiterinnen getrieben wird, ist in einer anderen Berufsgruppe des Bekleidungsgebietes noch nicht möglich gewesen.

Haushaltsinhaber und Hausangestellte.

Durch Verfallens des Reichsarbeitsministers vom 21. Februar 1921 ist die von den Hausfrauen- und Hausangestelltenverbänden beschlossene Hausangestelltenordnung für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Hausangestelltenordnung, die für Breslau Stadt und Landkreis gilt, wird an alle Interessierten von der jüdischen Hausangestelltenvermittlung, hier, Altbühnenstraße 16/20 zum Selbstkostenpreis abgegeben. Ferner werden die von den Hausfrauen- und Hausangestelltenverbänden, sowie von der Stellenvermittlung gewünschte Stände vom Arbeitsamt, hier, Gartenstraße 3, Zimmer 17, geliefert, wenn sie dort schriftlich angefordert werden. Der Preis beträgt 20 Pf.

Deutschland und der moderne Islam.

Professor Dr. Giese, der im Hörsaal des geographischen Instituts der Universität über dieses Thema sprach, wußte durch seinen inhaltreichen Vortrag, wie der lebhafteste Beifall am Schluß bewies, die Hörer zu fesseln. Nachdem der Redner das Wesen des Islams geschildert, und gezeigt hatte, wie der nicht nur auf religiösem Gebiete, sondern auch im politischen und bürgerlichen Leben entscheidende Rolle der Gemahnt einer gewissen Ver-

wirkung der Türkei gemessen ist, schilderte er die mit dem Jahre 1828 einsetzenden Reformbestrebungen des modernen Islams, der mit den Anschauungen Mohammeds wenig zu tun hat. Er wies nach, wie der Islam religiös durchaus nicht unbulldam ist, abgesehen von einzelnen Ausschreitungen fanatischer Haufen, und den Andersgläubigen, der ruhig seinen Geschäften nachgeht, meist in seinem Glauben nicht befehligt. Dennoch fanden die Reformen, die die rechtliche und politische Gleichstellung aller - auch der christlichen und jüdischen Untertanen des türkischen Reiches bezweckten, an dem Volke heftigen Widerstand.

Wenn seit 1535 Frankreich, seit 1583 England mit der Türkei in Verbindung standen, nachdem schon viel früher die italienischen Städtepublikan dort Handelsunternehmungen und Vertretungen besaßen, so war der Grund dazu, trotz aller schönen Worte vom Schutze der christlichen Minderheiten, eine rein wirtschaftliche Ausbeutung der großen Hilfsquellen und Schätze der mohammedanischen Länder. Deutschland trat in weiteren Umfange erst nach 1870 in der Türkei auf. Gerecht wurde das Verhältnis der fremden Niederlassungen zur Türkei durch die sogenannten Kapitulationen, die die Rechte der Ausländer sicher stellten. 1918 hob die Türkei einseitig diese Kapitulationen auf, was von Deutschland anerkannt wurde, von den Ententeändern aber nicht, die nun den Vorteil daraus ziehen.

Die Politik der übrigen europäischen Großstaaten ging aus auf Raubbau am Vermögen der Türkei, auf Vernichtung ihrer Selbständigkeit und Aufteilung des Reiches. Deutschland bezog sich natürlich auf seinen eigenen Vorteil, aber es bemühte sich andererseits um Stärkung und Erhaltung eines selbständigen türkischen Staates. Das Verfahren unserer Vertreter dabei aber war nicht immer glücklich. Der Türke fühlte sich oft durch das immer beschwerwollende, oft hochfahrende und grobe Verhalten der Deutschen verlezt; viel sündigten in dieser Hinsicht auch deutsche Offiziere und Soldaten im Weltkrieg. Zudem betrachtete der Orientale jeden, der mit ihm Geschäfte machen will, als einen Betrüger. So fanden auch wir oft Mißtrauen und Abneigung.

Mit dem schlimmen Ausgang des Weltkrieges sind alle etwaigen Hoffnungen auf den Orient für uns auf lange hinaus zu Wasser geworden. Doch hat das Verhalten der Entente in der Türkei bewirkt, daß man die Deutschen schämen gelernt hat und vor ihnen freundschaftler denkt als früher. Vielleicht, meine der Redner zum Schluß, gibt dies uns eine Hoffnung auf eine engere Verbindung für später.

Keine Schulgelberhöhung.

Schul- und Finanzausschuß der Stadterordnetenversammlung beschloßen gestern in gemeinschaftlicher Sitzung einstimmig, die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Schulgebühren, an den städtischen höheren und mittleren Schulen abzulehnen.

Dehste ruft nach dem Schieggewehr.

Breslaus langweiliges Blatt, die „Breslauer Zeitung“, füßt sich verpflichtet, ihren demokratischen Parteifreunden ein Argument zu bieten, womit sie sich von ihrer bisherigen Koalition loslösen können, um mit Herrn Stegerwald die Unterstützung der - Deutschnationalen zu erbitten. Herr Dehste, dessen Sonntagsartikel wegen ihrer unüberbrückbaren Länge unannehmlich sind, hat sich mitten in der Woche hinsetzen, um der preußischen Regierung in ihrer Gesamtheit, also auch den beiden bisherigen demokratischen Ministern rechtzeitig einen Vorwurf zu geben, um sich so in die neue Koalition mit den Deutschnationalen hinein zu schleichen. Wir würden darauf nicht weiter eingehen, wenn die „Breslauer Zeitung“ nicht mit ähnlichen Beiträgen wie der neuesten Leistung ihres Chefredakteurs in der letzten Zeit das Wohlwollen der Anmerklichkeit der „Korrespondenz“ in Oberschlesien erregt hätte. Soweit wir sehen ist die „Grenzzeitung“ und ihr Anhang das einzige auswärtige Blatt, das dem einschläfernden Breslauer Rechtsdemokratenorgan Beachtung schenkt.

Herr Dehste hat sich nämlich als neuestes Stiefkind der Schrei nach besserem Schutze Schlesiens gegen Polen und Tschechen ausgesprochen. Er weiß ganz genau, daß das eine unverantwortliche, uns außenpolitisch immer schädigende Demagogie ist, die er da treibt. Er weiß, daß an einen militärischen Schutz gegen eine etwaige politische Invasion nicht zu denken ist. Wenn er das nicht weiß, kann ihn ja sein zuständiger Parteifreund Geßler darüber aufklären. Er weiß, daß die preußische Regierung keine öffentliche Kritik nicht ertragen kann, worin man, soweit sie nicht militärische Maßnahmen betrifft, ohne daß die von ihr getroffenen Maßnahmen den betroffenen Kreisen gemeldet werden, gegen die diese Schutzmaßnahmen sich wenden sollen. Was wirklich geschehen ist, weiß er an dem nicht.

Leider fehlt der Breslauer Zeitung, wie sie selbst fitrlich mitteilen mußte, jede andere Kontrolle ihrer Redaktion, als die ihrer Geldgeber. Das Blatt muß daher öffentlich auf diese seine grobe Schädigung der deutschen Außenpolitik aufmerksam gemacht werden.

\* Training in Grünische. Bereits seit dem gestrigen Tage haben die vier Bewerber um den Großen Frühjahrspreis mit ihrem Schrittmachermaterial die Kabinen der Grünicher Bahn bezogen, um sich mit den Eigenheiten der Bahn vertraut zu machen. Ihnen werden sich im Training unsere einheimischen Vertreter der langen Strecke anschließen. Der Einsatz am Sonntag beginnt um 1 Uhr. Näheres siehe Inserat.

\* „Preis und Bettlerin“, das große Manegeschaustück, welches im Zirkus Busch mit Carl Grünwald als Gast im Anschluß an das hervorragende argentinische Vorprogramm täglich abends 7 1/2 Uhr zur Aufführung gelangt, ist nur für kurze Zeit vorgegeben. Für nächsten Sonntag ist keine Nachmittagsvorstellung, sondern lediglich die Abendvorstellung angesetzt.

\* Ein Kind erstickt. Am 15. April war das uneheliche Kind Heinz Saueremann, 11 Wochen alt, wie ärztlich bekundet wurde, infolge Diphtherie an Erstickung verstorben und in das Schauhaus eingeliefert worden. Da tauchte der Verdacht auf, der Knabe sei erstickt worden, und die Leiche wurde gerichtsarztlich geöffnet. Dabei wurde festgestellt, daß der Tod tatsächlich durch Diphtherie herbeigeführt worden ist und die Leiche ist zur Beerdigung freigegeben worden.

\* Dachstuhlbrand. In dem Grundstück Karlstraße 22 brach am Donnerstag abend, kurz vor 7 Uhr, auf unerwartete Weise ein Kobanbrand aus, der mehrere Kammern vernichtete und auch den Dachstuhl derart zerstörte, daß man von außen in den Kobanraum hineinblicken konnte. Die Feuerwehr warde einen über die Haus-treppe emporgeführten, von der Motorspritze gespeisten Schlauchgang an und war nach dem Plündern des Hauses am 7.15 Uhr konnte sie die Brandstätte verlassen.

Bereinstalender.

- Freie Religionsgemeinde, Grünstr. 14/16. Sonntag, 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr: Erwaung, Redner H. Eugen Hofjand. Thema: „Luther und die Gegenwart.“ Mittwoch, 27. April, abends 8 Uhr: Gemeindeversammlung. Der Vorstand.
- Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Kaiser (Hamburg). Sonntag, 24. April, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Kassenlokal, Poststraße 19. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und Berichtsbereits.
- Die Ortsverwaltung.
- District 1 des Soz. Vereins. Für den Sonntag, nachmittags 5 Uhr, bei Brauer Gehlstraße, stattfindenden Unterhaltungsabend, sind Eintrittskarten bei Hindemith, Schillerstr. 24, Sonnabend abend noch erhältlich.



